

Wir leben von der Hand in den Mund

Zum Interview mit Robert Habeck: „Einige Äußerungen zur Atomkraft sind mir zu spielerisch“, FR-Titel vom 16. Juli

Der Staat muss endlich tatsächlich handeln

Unser grüner Wirtschaftsminister Habeck redet viel vom Energie- und Gassparen. Warum geht der Staat nicht mit gutem Beispiel voran, sondern fordert dies von anderen? Müssen Ampelanlagen in Städten die ganze Nacht über in Betrieb sein? Müssen die Laternen einer Stadt die ganze Nacht über brennen? Wie viele Städte, Kommunen und Behörden haben große Dächer, auf denen keine Photovoltaikanlagen installiert sind? Wie viele Milliarden hat man der Industrie mit dem Handel von Verschmutzungsrechten umsonst zur Verfügung gestellt, und trotzdem haben nur wenige Industriebetriebe Photovoltaikanlagen oder entsprechenden Investitionen getätigt? Wie viele Kommunen habe riesige Wälder? Jeder sieht derzeit offensichtlich wie viele Bäume dort abgestorben sind. Warum heizen diese Kommunen aber nach wie vor mit Öl und Gas statt mit Holzhackschnitzel?

Jetzt haben wir Urlaubszeit und die meisten nehmen einen „billigen“ Flieger, weil der Staat für Flugreisen weder Mineralölsteuer, Umsatzsteuer, Energiesteuer, CO₂-Abgabe, Erdölbevorratungsabgabe noch sonstige staatliche Abgaben festgesetzt hat. Diese muss man allerdings bei Bus- und Bahnreisen zahlen. Das führt zu staatlich geförderten Wettbewerbsvorteilen zugunsten der nicht gerade „umweltfreundlichen“ Flugreisen. Politiker müssen nicht nur anfangen umzudenken – der Staat muss beginnen, tatsächlich zu handeln! Jürgen Scheiter, Aßlar

Liberalisierung anstelle von Sicherheit

EU-Institutionen und die betreffenden Ministerien der Mitgliedsstaaten hätten sich mal in der Vergangenheit weniger mit der Liberalisierung des Strom-

markts und stattdessen mit der Sicherheit unserer Stromversorgung befassen sollen! Jetzt sind wir in einer Situation, in der die Lage durch den Gasmangel prekär wird. Im Strombereich haben wir nämlich keine vergleichbar großen Speicher wie im Gasbereich, wir leben also praktisch von der Hand in den Mund!

Im Stromnetz muss ständig ein Gleichgewicht zwischen Stromerzeugung und momentanem Verbrauch bestehen. Bei einem Ungleichgewicht führt dies zu reihenweisen Abschaltungen von Stromerzeugungsanlagen, praktisch zu einem Dominoeffekt. Um im Winter bei geringem Wind und fehlender Solarenergie die fehlende Leistung auszugleichen, müssten im größeren Stil Gaskraftwerke gestartet werden. Aber steht dann noch genügend Gas zur Verfügung?

Wenn es zu einem großen Blackout kommt, brauchen wir uns jedenfalls keine Gedanken mehr darum machen, ob die Gasheizung noch funktionieren könnte, wenn Strom da wäre.

Zum Ausgleich der fluktuierenden Stromerzeugung aus Windkraft und der im Winter kaum nutzbaren Solarenergie müsste man riesige Stromspeicher haben, die aber in absehbarer Zeit technisch kaum realisierbar und wirtschaftlich nicht darstellbar sind.

Eine regenerative und stetige sowie CO₂-neutrale Stromerzeugung wäre in wesentlich größerem Umfang mit altbewährter Wasserkraft und Biogasverstromung möglich. Dies wird aber durch die europäischen Institutionen und die Bundesregierung kaum gefördert, vielmehr wird der Ausbau von Wasserkraft- und Pumpspeicherwerken durch übertriebene Natur- und Artenschutzauflagen, aufwendige Genehmigungsverfahren und überbordende Bürokratie praktisch verhindert.

Rainer Auffarth, Schwalmstadt

Sinnloser Wirtschaftskrieg

Unbeheizte Freibäder, sparsamer eingestellte Gasheizungen und private Rücklagen für die Gasrechnung sollen also bewahren vor einer tiefen Rezession der Wirtschaft. Diese Gefahr wurde von den politischen Verantwortlichen nicht wahrgenommen, weil die Abhängigkeit von russischem Gas bislang dramatisch unterschätzt wurde. Vor allem die Lieferkettenproblematik wurde übersehen. Wenn etwa die Blechherstellung mit ihrem besonders hohen Gasverbrauch stillgelegt wird, steht die Autobranche still, die selbst wenig gasabhängig ist.

Das Problem ist nicht auf die Schultern kleiner Leute abzuwälzen, die nichts zurückzulegen haben. Ihre unbeglichenen Gasrechnungen werden das Ausmaß der Armut sichtbar machen, das von Porsche fahrenden und Privatjet fliegenden Politikern nicht gesehen wird. Rettung kann nur ein Politikwechsel bringen, der tabufrei Realitäten wahrnimmt.

Das Nato-treue Kanada liefert nun doch ein Ersatzteil, das weitere Gaslieferungen sichert, obwohl es für das sanktionierte Russland bestimmt ist. Realistische Politik muss offenbar den größenwahnhaften gescheiterten Versuch aufgeben, Russland durch Sanktionen zu „ruinieren“, damit Europa nicht in tiefer Rezession versinkt, in Absprache mit den Verbündeten, wie der Kanzler zu sagen pflegt.

Dem Aufschrei in den USA oder Bandera-Verehrern wie Herrn Melnyk ist zu erwidern: Ein Gasboykott zwingt Putin nicht in die Knie. Länder wie Indien beißen nicht die Hand, die sie mit Energie gut versorgt. Ein Friedensabkommen im Wirtschaftskrieg mit Erdgas rettet die europäische Wirtschaft. Den Wirtschaftskrieg fortzusetzen, ist sinnlos und deshalb unzumutbar. Friedrich Gehring, Backnang



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Reden auf Augenhöhe

Erwiderung auf „Pazifismus bleibt alternativlos“, FR-Forum vom 16. Juli

Auch ich kann kaum glauben, dass wir uns plötzlich zwischen Pazifismus und Frieden entscheiden müssen. Aber so lange Putin seinen Krieg noch bezahlen kann und seine Soldaten vorrücken, wird er ihn kaum beenden.

Je bitterer für ein militärisches Gleichgewicht in der Ukraine noch mehr Sanktionen – und dringend noch viel mehr Waffen – aus dem Westen nötig sind, desto deutlicher muss dieser Moskau klarmachen, worum es bei der Freiheit der Ukraine auch geht: eine neue Verständigung des Kreml auf Augenhöhe mit der Nato über die Sicherheit in Europa und um friedliche und partnerschaftliche Beziehungen mit Russland.

Mark Jehner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/pazifismus

Ohne jede Konsequenz

Reaktion auf „Keine Gleise zusätzlich“, FR-Forum vom 6. Juli

Herr Schindler macht in seinem Leserbrief deutlich, dass es nach Fertigstellung von Stuttgart 21 statt bisher 16 Gleisen künftig nur noch acht Gleise geben soll. Daraus resultiert unmissverständlich – für jede Person, die die Grundrechenarten beherrscht – eine Verschlechterung der Kapazität. Diese Tatsache hat nach langem Bestreiten zwischenzeitlich selbst die Deutsche Bahn AG einräumen müssen. Während bislang die Leistungsfähigkeit sich auf 40 Züge pro Stunde belief, wird diese bei acht Gleisen auf maximal 32 Züge pro Stunde verringert.

Wie Herr Schindler richtig erwähnt, wird dieser Bahnhof zwar in seiner Leistungsfähigkeit keinesfalls gigantisch werden, aber gigantisch werden neben den ständig steigenden Kosten, die anfänglich mit 2,5 Milliarden Euro angegeben wurden und zwischenzeitlich auf mindestens zehn Milliarden Euro gestiegen sind, alle weiteren Verschlechterungen wie z.B. Brandgefahr, Gleisefälle, mangelhafte Fluchtwege, statische Risiken (so kam es z.B. Anfang Juni auf einem Abschnitt der S-Bahn zwischen den Stuttgarter Stadtteilen Ober- und Untertürkheim zu einer Senkung des Gleisbetts, weil dort Tunnelröhren in geringem Abstand unter Fern- und S-Bahngleisen gebaut werden) und viele andere Gefahren mehr.

Der Bundesrechnungshof hat sich bereits mehrfach in seinen Berichten mit dem Projekt befasst und insbesondere Kritik an den Kosten geübt, ohne dass die DB AG oder das Bundesverkehrsministerium unter Führung von CSU-Ministern, insbesondere des Skandalministers Scheuer, in irgendeiner Weise entsprechende Konsequenzen gezogen hätten.

Peter Boettel, Göppingen

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f202207120

Anmaßender Unterwerfungspazifismus

Erwiderung auf „Ultranationalistische Betonköpfe“, FR-Forum vom 13. Juli

Zu Gunsten Ihrer Leserin Martina Knappert-Hiese will ich annehmen, dass sie meine Zuschrift vom 6.7. nur missverstanden hat. Meine Feststellung, dass ich jede (!) staatliche Aggression für ein verurteilenswertes Verbrechen halte, ist klar und deutlich und lässt keinerlei Fehlinterpretation zu. Sie schließt alle von Frau Martina Knappert-Hiese genannten oder von ihr noch zu benennenden Konflikte ein. Was also wirft man mir vor – wovon soll ich mich distanzieren? Unfair empfinde ich ihre Unterstellung, ich hätte einen „Appell Jesu an militärische Vernunft“ als „anmaßend“ bezeichnet. Etwas derart Sonderbares habe ich nie behauptet! Ich erlaube mir nicht, seine Existenz zu bestreiten, aber ich bezweifle stark, dass Christus in militärischen Dingen überhaupt so etwas wie „Vernunft“ gesehen hat.

Anmaßend finde ich dagegen die Vorschläge deutscher Unterwerfungspazifisten, die offenbar genau wissen, mit welchen politischen oder militärischen Zugeständnissen die Ukraine den gegen sie entfesselten Krieg beenden kann. Die Ukraine ist ein völkerrechtlich anerkannter Staat mit einer demokratisch gewählten Regierung. Sie hat beschlossen, dem Angriff Russlands auf ihre staatliche Souveränität militärisch entgegenzutreten, und diese Entscheidung ist von uns zu respektieren. Sie wird von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt, und darin ein „Austoben von Russenhass“ zu sehen, stellt die Dinge auf den Kopf. Das mag manchen, auch Martina Knappert-Hiese missfallen, berechtigt aber niemanden, die ukrainischen Bevölkerung aufzufordern, die Waffen niederzulegen.

Bedarf es wirklich großer Phantasie, sich vorzustellen was den Ukrainer:innen widerfahren wird, wenn Russland diesen Krieg gewinnt? Sagt Ihnen der Name Butscha etwas, Frau Knappert-Hiese? Sind die 300 Toten dieses Ortes etwa Opfer von „Russenhass“ geworden?

Zu den angeprangerten Ereignissen vom Mai 2014 in Odessa. Die damaligen Unruhen als „Massaker“ zu bezeichnen, wie das Leser Friedrich Gehring in der FR vom 29.6. getan hat, verletzt Würde und Andenken der über 30 000 Opfer des Massakers von Odessa vom Oktober 1941; mindestens zwei Drittel der Toten waren Juden! Obwohl die russische Propaganda das Gegenteil behauptet, sind diese Ereignisse in keiner Weise vergleichbar.

Peter Arnold, Bad Homburg

Diskussion: frblog.de/pazifismus

FR ERLEBEN

Florian Leclerc moderiert die FR-Podiumsdiskussion „Autobahnausbau versus Mobilitätswende“. Auf dem Podium: Katy Walther (MdL, Grüne), Kristina Luxen (Stadtverordnete Frankfurt, SPD), Alexis Passadakis (Attac) und Martin Lanzendorf (Uni Frankfurt).
Donnerstag, 21. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt